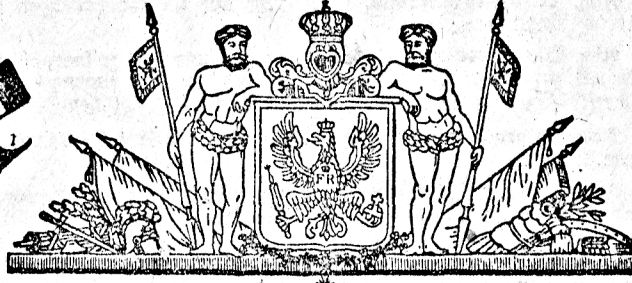


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 $\frac{2}{3}$ % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11800 bis 11852, sowie 15277 und 15281 bis 15298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Paris über die Sühneforderungen.

Drahmelbung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 1. September.

Hier ist man etwas verwundert darüber, daß bis heute keine Nachricht über die Annahme der von Frankreich formulierten Sühneforderungen durch die deutsche Regierung eingegangen ist. In französischen politischen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß Millerand in der von dem Botschafter Laurent überreichten Note abermals dem Grundsatz der Mäßigung Deutschland gegenüber treu geblieben ist, und daß die Note lediglich die selbstverständlichen Wiedergutmachungsmaßnahmen, natürlich auf Grund der Prüfung von Präzedenzfällen, aufzählt. Es scheint, daß die französischen Forderungen hinter dem zurückbleiben, was ziemlich allgemein in Paris erwartet und von den Anhängern einer Politik der gepanzerten Faust gewünscht wurde.

Eine gestern abend im „Temps“ erschienene Notiz scheint übrigens anzudeuten, daß die französische Regierung über gewisse Einzelheiten der Ausführung mit sich reden ließe. Nach dieser Notiz ist der französische Botschafter in Berlin beauftragt worden, über die Erfüllung der Sühneforderungen, zu deren Forderung die französische Regierung sich infolge der Angriffe gegen ihr Konsulat in Breslau gezwungen sah, mit der deutschen Regierung zu verhandeln.

Der „Temps“ beginnt seinen heutigen Zeitartikel, der die Ueberschrift „Die Kunst des Wiedergutmachens“ trägt, mit folgenden Betrachtungen: „Die französische Regierung, deren Konsulat in Breslau geplündert worden ist, erwartet die Antwort Deutschlands auf ihre Wiedergutmachungs-Forderung. Der Wortlaut dieser Forderung ist in Berlin veröffentlicht worden, und die französischen Zeitungen haben ihn danach wiedergegeben. Man kann feststellen, daß Frankreich sich gemäßigt zeigt, und wir haben den Eindruck, daß es diesseits der Forderungen geblieben ist, auf welche die deutsche Regierung gefaßt war. Man täte Unrecht, wenn man diese Mäßigkeit tabelte, aber man täte auch Unrecht, wenn man annehmen wollte, daß Frankreich etwas von der geforderten Genugtuung abhandeln ließe. Wir hoffen, daß alles ohne Zeitverlust geregelt wird. Der neue deutsche Botschafter Dr. Mayer gedenkt sich übermorgen nach Rambouillet zu begeben, um dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Dr. Mayer flüßt der französischen Regierung Vertrauen ein, und dieses Vertrauen wird, wie der Pariser Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ kürzlich seinem Blatt schrieb, trotz alledem Früchte tragen, falls die Berliner Regierung nach dem Grundsatz handelt, daß ihr Pariser Botschafter über Frankreich am besten unterrichtet ist. Aber wir müssen gestehen, daß wir kaum erleben, wie Dr. Mayer sein Beglaubigungsschreiben an dem festgesetzten Tage überreichen soll, wenn seine Regierung bis dahin nicht die von der französischen Regierung geforderte Wiedergutmachungs-Maßnahmen getroffen hat.“

Der „Temps“ bedauert dann die Heße eines Teils der deutschen Presse gegen Frankreich und erklärt, die Deutschen müßten ihre „schlechten Sitten“ verantwortlich machen, wenn der in der französischen Note erneut ausgesprochene Wunsch „friedlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in einer Atmosphäre der Freundschaft und der Arbeit“ nicht erfüllt werde. Deutschland müsse auf die Verneinungspolitik, Sabotage und Obstruktion endlich verzichten. Simons habe einem französischen Pressevertreter jüngst erklärt, er würde die positive Politik Millerands. Man müsse wünschen, daß er diese Politik nachahme und auch seine Landsleute dafür gewinne. Wenn die Deutschen den Wiederaufschwung ihres Landes erstrebten, müßten sie die Kunst des Wiedergutmachens üben, statt Haß zu säen und auf Umsturz zu hoffen.

Die „Liberté“ findet den Inhalt der französischen Note „etwas schwächern und mager“. Sie meint, es sei zu befürchten, daß die Mäßigung der französischen Regierung in Deutschland als Schwäche betrachtet werde. Der „Intransigeant“ erklärt, die französische Regierung werde den Geisteszustand, aus dem die Breslauer Vorgänge entsprungen seien, nicht ändern können. Dazu bedürfe es einer Aenderung in der Haltung des Berliner Kabinetts, die von Frankreich und Europa seit dem Waffenstillstand vorgebildet erwartet werde.

Clemenceaus Organ „L'Homme Libre“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Frankreichs Haltung gegenüber Deutschland“ einen langen Zeitartikel über die in der „Revue mondiale“ erschienenen Ausführungen des Romanchriftstellers Paul Reboux zugunsten eines deutsch-französischen Bündnisses. Der Artikel trägt den bezeichnenden Untertitel: „Traum und Wirklichkeit“. Es heißt darin: „Dieser Vorschlag wird kühl aufgenommen, nicht etwa

weil er unvernünftig ist. Deutschland und Frankreich haben zu viele gemeinsame Interessen, um nicht einen Boden der Verständigung finden zu können, wenn man das wollte. Ich bin sicher, daß diesseits der Grenze alle denkenden Menschen mit Paul Reboux

diese Verständigung für wünschenswert halten, aber zu einer Verständigung gehören zwei. Ich sehe wohl, daß ein französischer Schriftsteller vorschlägt, aber ich sehe nicht, daß Preußen geneigt ist, hierauf einzugehen.“

Die deutsche Neutralitätspolitik.

Dr. Simons im Auswärtigen Ausschuss

Ueber die Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die gestern nachmittag stattfand und bis in die späten Abendstunden fortbauerte, wurde ein amtlicher Bericht ausgegeben, der einen recht dürftigen Eindruck macht. Wir wollen hoffen, daß diese Dürftigkeit nur auf die technische Unbeholfenheit der offiziellen Berichterstattung zurückzuführen ist und nicht den Geist der Verhandlungen widerspiegelt. Verhältnismäßig ausführlich werden die Darlegungen des Ministers Dr. Simons wiedergegeben, aber in einer Weise, die das Verständnis der Zusammenhänge erschwert und den Bedürfnissen einer größeren Öffentlichkeit nicht gerecht wird. So wird gleich einleitend von den beiden Interviews gesprochen, die der Minister Simons Schweizer und italienischen Blättern gegeben hat. Dr. Simons wies die vielfachen Entstellungen dieser Interviews zurück, deren Inhalt in dem Bericht offenbar als bekannt vorausgesetzt wird, obwohl das auswärtige Amt der deutschen Presse den Rat gab, die offenbar unrichtig wiedergegebenen Ausführungen des Ministers nicht zu veröffentlichen. Die Ausführungen des Ministers über die Breslauer Vorgänge wurden für vertraulich erklärt. Es ist aber anzunehmen, daß das Geheimnis der Stellungnahme der deutschen Regierung zu dieser Frage irgendwann noch einmal gelüftet wird.

Die Rede des Außenministers.

Den Kernpunkt der Ausführungen von Dr. Simons bildet ein Ueberblick über die deutsche Neutralitätspolitik. Der amtliche Bericht besagt darüber:

Seitdem er zum ersten Male diese Politik verkündet habe, seien nunmehr Wochen verstrichen, in denen sich erwiesen habe, daß die Neutralitätspolitik für Deutschland die einzig richtige und mögliche gewesen sei und bleibe. Es seien Stimmen an ihn herangeraten, die ihn aufgefordert hätten, mit dem Bolschewismus in die Westmächte vorzugehen und auf diese Weise die Schranken des Versailler Friedens zu brechen. Diese Stimmen habe er mit voller Ueberlegung abgewiesen. Wenn wir damals solchen Aufforderungen gefolgt wären, so wäre Deutschland unmittelbar Kriegsschauplatz geworden. Daß wir im Zustande der Entwaffnung die Blüte der Jugend hätten opfern sollen, wäre unter keinen Umständen zu verantworten gewesen. Die Last der Folgen, die die allmählich zu erwartende Umbildung des Bolschewismus mit sich gebracht hätte, wäre mit voller Wucht auf Deutschland gefallen. Er habe diesen Gedanken, gemeinsame Sache mit den Bolschewisten zu machen, daher entschieden abgelehnt.

Von anderer Seite sei der Vorschlag gemacht worden, gemeinsam mit den Westmächten gegen den Bolschewismus sich zu wenden. Auch dies war eine Unmöglichkeit. Unzweifelhaft hätte uns der Versuch, Seite an Seite mit Frankreich und Polen gegen Rußland vorzugehen, in den inneren Krieg gestürzt. Wir hätten der Bürgerkrieg gehabt, und zweifelhaft wäre geblieben, ob wir erreicht hätten, was von einem Zusammengehen mit dem Westen erwartet wurde. Das russische Volk werde, wie auch die Entwicklung gehe, jedem, der sich jetzt zu seinen Angreifern geselle, auf lange hinaus als seinen Feind betrachten. Es war richtig, uns auch nach dieser Richtung die Hände freizuhalten. Aus unserer Haltung folgte, daß wir auch gegen die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine uns zurückhaltend stellten. Frankreich hat den General Wrangel anerkannt und uns davon Mitteilung gemacht. Wir haben diese Mitteilung zur Kenntnis genommen, ohne dem französischen Beispiel zu folgen. Keine Macht, die mit Sowjet-Rußland im Kampfe steht, habe auf unsere Unterstützung zu rechnen.

Verhandlungen mit den Russen und Polen.

Der Minister kam weiter auf die Vorwürfe zu sprechen, daß wir uns zu weit mit den Bolschewisten eingelassen hätten. Er wies in diesem Zusammenhange auf die amerikanische Note und auf die Kundgebung Lloyd Georges aus Luzern hin und erinnerte andererseits an die italienischen Schritte der Anknüpfung mit Moskau. Für unsere Politik, so fuhr er fort, sei der Gedanke der, daß die Sowjet-Regierung gegenwärtig die Macht in den Händen habe, also de facto die Regierungsgewalt in Ruß-

land darstelle. Die Verhältnisse zwischen Deutschland und Rußland seien noch nicht normal. Zunächst befänden wir uns noch in Verhandlungen über die Vorfrage einer genügenden Erledigung des Falles Mirbach. Die Behauptungen, daß wir mit der Sowjet-Regierung einen Geheimvertrag abgeschlossen hätten, seien durchaus falsch. Wir hätten lediglich den Russen und den Polen mit dem Herannahen des Krieges an die deutschen Grenzen Vorschläge wegen der Seuchenbekämpfung und wegen der Regelung zu erwartender Grenzschwierigkeiten gemacht. Verhandlungen über den letzteren Punkt seien abgelehnt worden, über den ersten Punkt seien sie noch im Gange. Während uns von der angelsächsischen Presse und von dem früheren französischen Präsidenten Poincaré Geheimverträge mit den Russen vorgeworfen werden, werde in Moskau gegen uns der Vorwurf eines Geheimvertrages mit Polen gemacht. Daran ist ebenso wenig wahr. Mit Polen führten wir lediglich offene Verhandlungen, die bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Der Minister berichtete in diesem Zusammenhang die Angabe in einem der Schweizer Interviews, wonach er gesagt habe, wir würden gegen Polen marschieren. Diese Äußerung habe er keineswegs getan, wohl aber auf eine Frage, was wir gegen eine polnische Neutralitätsverletzung unternehmen würden, geantwortet, daß derjenige, der unsere Neutralität verletze, uns auf der Seite seiner Gegner sehen würde. Der Minister führte sodann aus, daß sich in den deutsch-polnischen Beziehungen eine große Menge Explosivstoff aufgehäuft habe. Wenn die von ihm angebotenen Verhandlungen nicht bald zu einem Resultate kommen würden, so könnte es wohl geschehen, daß der Kessel der deutschen öffentlichen Meinung überkochen. In Breslau habe sich dies bereits ereignet. Der Minister ging darauf in längeren vertraulichen Darlegungen auf die Breslauer Ereignisse und auf die französische Note ein.

Im Anschluß an diese vertraulichen Ausführungen stellte der Reichsminister zunächst seine in den Interviews falsch wiedergegebenen Äußerungen über Oberschlesien richtig und betonte, daß er nicht von seinen eigenen Plänen, sondern vielmehr von den Plänen anderer, die an ihn herangeraten seien, gesprochen habe. Nach seiner Ansicht müsse man den Wünschen des ober-schlesischen Volkes auf dem Gebiete der Verwaltung entgegenkommen und ihm in gewissen Fragen eine selbständige Vertretung zubilligen, aber alles dies selbstverständlich nicht außerhalb des Reiches und nicht außerhalb Preußens.

Die Genfer Konferenz.

Der Reichsminister geht dann auf die Genfer Konferenz und die Vorbereitungen für sie näher ein. Die häufig gestellte Frage, ob es überhaupt zu der Genfer Konferenz kommen würde, könne jetzt noch nicht endgültig beantwortet werden. Auch im Lager der Entente sei man sich in dieser Frage noch nicht einig. Wir wissen nur, daß von einer Seite ein scharfer Kampf gegen die Genfer Konferenz geführt wird, während England und Italien großes Gewicht auf das Zustandekommen der Konferenz zu legen scheinen. Eins könne man mit Sicherheit annehmen, daß nämlich auf Drängen Frankreichs die Brüsseler Konferenz unabhängig von der Genfer stattfinden würde und daß das große internationale Finanzprogramm, das in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit besprochen wurde, ohne genügende Berücksichtigung der finanziellen Lage Deutschlands und Klarlegung derselben auf der Genfer Konferenz zustandekommen würde.

Geheimereits sei mit den Vorbereitungen für die Genfer Konferenz unmittelbar nach Spa begonnen worden. Es haben zahlreiche Sitzungen mit allen in Betracht kommenden Ressorts stattgefunden, die Vorbereitungen selbst lägen in den Händen des Ministerialdirektors v. Simon, der auch an den Beratungen in Spa teilgenommen habe. Dem Reichsminister liege bereits eine Fülle von Material vor, auf dessen Einzelheiten einzugehen, er auf Wunsch gern bereit sei; eine endgültige Stellungnahme sei jedoch zurzeit weder möglich, noch angezeigt. Er habe außerdem seinen Urlaub in der Schweiz dazu benutzt, um mit dem Gesandten in Bern die an Ort und Stelle zu treffenden Vorbereitungen für Genf zu besprechen und es sei zu hoffen, und anzunehmen, daß die deutsche Delegation in Genf anders untergebracht und behandelt werden würde, als in Spa, wobei unter Unterbringung nicht der Komfort, sondern die notwendige örtliche Nähe in Bezug auf den Mittelpunkt der Verhandlungen zu verstehen sein,